

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

am 11. März 2020 hat die Weltgesundheitsorganisation Corona von einer Epidemie offiziell zu einer Pandemie erklärt. Auch 13 Monate später prägt unser aller Leben Corona. Auch wenn man deshalb die Pandemie nicht ausblenden kann und darf, möchte ich mich dennoch im Folgenden auf die nüchternen Zahlen des Haushalts 2021 beschränken. Das diesjährige Volumen des Vermögenshaushalts ist bereits ohne die Krone gigantisch, nämlich 8,7 Millionen Euro, und mit Krone 17,9 Millionen Euro. Die Gewerbesteuer stellen wir mit 3,5 Millionen Euro ein und setzen auf unsere wirtschaftlich stabilen und soliden Mittelstandsunternehmen, wie es im Vorbericht der Kämmerin heißt und was ich voll und ganz unterstreichen möchte. Als weitere Einnahmesäule können wir weiterhin auf den Anteil an der Einkommensteuer in Höhe von 2,8 Millionen Euro zählen. Die Schlüsselzuweisung zehntelt sich auf 45.300 Euro. Das ist zwar immer noch mehr als die Zuweisungen von 0 Euro in den Jahren 2016 und 2017, aber aus den Vorjahren sind uns auch sechsstellige Schlüsselzuweisungen bekannt, die wir auch dieses Jahr gerne entgegengenommen hätten. Dann müssten wir uns auch nicht so intensiv über die in absoluten Beträgen um eine viertel Million auf jetzt 3,1 Millionen Euro erneut gestiegene Kreisumlage ärgern. Wie bereits letztes Jahr erwähnt, wünscht man sich einmal mehr die 90er Jahre zurück, als die Kreisumlage nicht 46 Prozent, sondern beispielsweise 40,75 Prozent betrug wie im Jahr 1997 und die Kommunen vom Landkreis nicht derart übermäßig geschöpft wurden.

Wenn man sich die einzelnen Haushaltspositionen und die dahinterstehenden Entscheidungen oder Beweggründe anschaut, kann man recht schnell den Eindruck haben, dass Stadträte teilweise im persönlichen, privaten und beruflichen Umfeld andere Maßstäbe anlegen als beim Handeln im politischen Bereich. Im politischen Raum wird vielfach eine vermeintlich großzügigere Handlungsweise an den Tag gelegt, es ist ja nicht der eigene Geldbeutel, sondern der Stadtsäckel, den es betrifft, könnte man meinen.

Beispiel Gewerbeflächen: Aus dem Verkauf von Gewerbeflächen stellen wir 898.000

Euro ein. Es ist ein offenes Geheimnis, dass der Verkauf nicht kostendeckend ist und in der Erwartung von zukünftiger Gewerbesteuer in nicht unerheblichem Maße – rechtlich gerade noch zulässig - subventioniert wird. Tatsächlich wurde die gesamte Fläche innerhalb von wenigen Wochen restlos verkauft, quasi in Rekordgeschwindigkeit. Daran könnte man ablesen, dass insoweit ein Nachholbedarf bestand, den wir – mangels Verfügbarkeit – in den vergangenen Jahren nicht stillen konnten. Andererseits könnte darin auch zum Ausdruck kommen, dass der tatsächlich von der Stadtratsmehrheit festgesetzte Preis ein Schnäppchen war. Bekanntlich bestimmen Angebot und Nachfrage den Preis. So hätte man aus unserer Sicht ohne Probleme insgesamt einen sechsstelligen Betrag zusätzlich einnehmen können, wenn man den Verkaufspreis nicht ganz so stark subventioniert hätte. Dies hätte den kommunalen Finanzen gutgetan und die Käuferseite tatsächlich auch verschmerzt. Aber bei derartigen Entscheidungen im Stadtrat scheinen nicht immer die Grundsätze der Marktwirtschaft in Gänze zu gelten und man lässt maximale Großzügigkeit walten.

Beispiel Wohnmobilstellplatz: 2019 wurden am Wohnmobilstellplatz knapp 2.100 Übernachtungen erfasst. 2020 verzeichneten wir einen Zuwachs um 50 Prozent auf gut 3.100 Übernachtungen. Jeder kann sehr schnell selber ausrechnen, dass wir auf Einnahmen in fünfstelliger Höhe bisher verzichtet haben, egal ob man jetzt 5 oder 7 Euro pro Übernachtung ansetzt und Kosten für ein Kassensystem oder – was ich persönlich vorziehen würde – für eine App abzieht. Es wird Zeit, dass auch die Berufsbedenkenträger in diesem Gremium ihre bisherige Haltung eingehend überdenken, vor allem weil hierzu vielfach auch diejenige gehören, die in der Vergangenheit die Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt wie eine Monstranz vor sich hergetragen und immer wieder angemahnt haben.

Beispiel Feuerwehrhaus Erlbach: Für die Ertüchtigung des Feuerwehrhauses Erlbach waren für die Folgejahre ursprünglich 320.000 Euro angedacht, um den vorhandenen Schulungsraum von 50 Quadratmeter um 30 Quadratmeter auf 80 Quadratmeter in einen Versammlungsraum zu verwandeln, also Kosten von sage und schreibe fast 10.700 (!) Euro pro Quadratmeter, quasi wie in Münchner Toplagen. Bei allem Verständnis dafür, dass mit der Schließung der dortigen Gaststätte ein Versammlungsraum in Erlbach wünschenswert ist, sind derartige immense Kosten völlig indiskutabel. Keiner von uns würde im privaten oder beruflichen Bereich derartig hohe Mittel

aufwenden, um 30 Quadratmeter zu gewinnen. Bei der ersten Kritik am Kosten-Nutzen-Faktor wird dann vielfach eingewandt, dass die Ortsteile auch zur Stadt Oettingen gehören. Das stellt auch niemand in Abrede, auch ich nicht. Auch die vielfach zitierte stiefmütterliche Behandlung der Ortsteile trifft tatsächlich nicht zu, sie gewinnt auch nicht an Wahrheit, auch wenn man den Mythos noch so oft wiederholt, wie der diesjährige Haushalt einmal mehr eindrucksvoll aufzeigt. So sind u.a. Gelder für die Marienkapelle Nittingen, die Erschließung „Bergäker“ in Erlbach und „Am Anger“ in Niederhofen, Mittel für die Feldwege in den Ortsteilen (und der Kernstadt), Mittel für die Sanierung des Spurweges in Heuberg sowie für die Verbesserung des Mobilfunks Erlbach/Niederhofen eingeplant und vorgesehen, um nur einige Beispiele aufzuführen. Schließlich sieht die Finanzplanung für 2022 auch einen Betrag in Höhe von 450.000 Euro für den Neubau eines Radweges nach Niederhofen vor. Man sieht also klar und deutlich, die Ortsteile gehören genauso wie die Kernstadt zu Oettingen. Und das ist gut so!

Der Radweg nach Niederhofen ist meiner Meinung nach überfällig und sollte lieber heute als morgen errichtet werden. Doch auch hier gilt wie überall, dass die Mittel der Stadt endlich sind, so dass beispielsweise auch bei den Grundstückserwerbskosten ein von allen Seiten akzeptabler Preis zustande kommen muss. Ich appelliere daher an alle, zur Verwirklichung des Radwegs beizutragen.

Aufreger der letzten Wochen war die Freibadbrücke, die nach 15 Jahren leider nicht den Zustand aufweist, den wir erwartet hatten. Die Kosten für die Sanierung in Höhe von 100.000 Euro lösen sicher bei keinem Jubelstürme aus, sie sind aber aus meiner Sicht alternativlos. In dem ersten Corona-Sommer 2020 wurden doppelt so viele Eintrittskarten wie das Jahr zuvor verkauft, nämlich 23.500. Wir können stolz darauf sein, dass wir trotz Abstands- und Hygieneregeln auf Grund der Größe der Freibadfläche keinen Besucher abweisen oder Zeittickets vergeben mussten. Für den bevorstehenden zweiten Corona-Sommer ist es unerlässlich, dass wir ein begehrtes Freibad haben. Es ist daher folgerichtig, die Sanierung der Brücke anzugehen, statt auf rechtlich fragwürdige Gewährleistungs- oder Schadensersatzhoffnungen zu setzen. Denn glauben Sie mir, die Binsenweisheit „Vor Gericht und auf Hoher See ist man in Gottes Hand“ wird nicht nur im Lateinunterricht verwendet, sondern auch von Juristen gerne herangezogen. Übrigens wäre die Freibadbrücke schon fast fi-

nanziert, wenn der SPD-Antrag vom 1. Juni 2018 auf Erhebung einer Stellplatzgebühr in der Stadtratssitzung am 28. Juni 2018 nicht mit 14 zu 5 Stimmen abgelehnt worden wäre. Dies aber nur als Randnotiz.

Was steht für die Zukunft an:

Zur Krone heißt es im Vorbericht der Kämmerin „Wer A sagt, muss auch B sagen.“ Das ist tatsächlich so, weshalb die Krone unseren Haushalt zumindest bis 2023 hinsichtlich der Erstellungskosten prägen wird. Dennoch stehen auch weitere Aufgaben an, so die unbestritten zwingend erforderliche Ertüchtigung der Kläranlage. Auch müssen wir selbstverständlich Wohn- und Gewerbeflächen wieder angehen und stellen dafür Mittel für 2021 bis 2023 ein. Bei dem Ausbau der Krippen- und Kitaplätzen müssen wir am Ball bleiben. Es ist zwar sehr ernüchternd, dass der Neubau des katholischen Kindergartens noch nicht abgeschlossen ist und wir bereits in der Bauphase feststellen müssen, dass der Bedarf auch mit dem aktuellen Neubau nicht gedeckt wird. Dennoch können wir den Kopf nicht in den Sand stecken und weiter über den erst kürzlich gefassten Neubaubeschluss des katholischen Kindergartens vom 26. Juli 2018 staunen oder klagen, der anscheinend zu kurz gefasst war, sondern müssen das hausgemachte Problem nachhaltig angehen und lösen. Es bleibt zu hoffen, dass die für die dritte Kindergarteneinrichtung veranschlagten Kosten von 5,2 Millionen Euro in den Jahren 2021 bis 2024 ausreichen und dass dann tatsächlich der Bedarf endlich gedeckt ist, so dass jedes Kind seinen Krippen- oder Kitaplatz hat und Wartelisten oder Provisorien der Vergangenheit angehören.

Der Haushalt böte noch Gelegenheit, die Position der SPD-Fraktion zu weiteren Punkten darzustellen bzw. Haushaltsansätze hervorzuheben. Ich erspare mir weitere Detailausführungen, um nicht den Rahmen zu sprengen. Insgesamt gesehen ist die SPD-Fraktion mit dem diesjährigen Haushalt zufrieden, wenn die Höhe der Schlüsselzuweisung und die Aufwendungen für die Kreisumlage ausgeblendet werden. Von daher kann ich die Zustimmung zum Haushalt für die SPD-Fraktion signalisieren.

Zum Schluss kommend schließe ich mich den Danksagungen meines Vor- und meiner Nachredner in verschärfte Form an und danke zusammenfassend namens der SPD-Fraktion, aber auch persönlich, allen, die sächlich, insbesondere monetär, und/oder ideell zu dem diesjährigen Haushalt und seiner harmonischen und kon-

struktiven Beratung beigetragen haben.

Die ein oder andere Spitze möge man mir nachsehen.

Wenn zwei Menschen immer dasselbe denken, ist einer von ihnen überflüssig.

Winston Churchill

Ich bemühe mich, dass keiner von uns überflüssig ist. Zwinker-Smiley.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Oettingen, den 15. April 2021

Robin Bhattacharyya

Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion